

- [Zurück zur Stiftungsseite](#)
- [Einladung, Tagesordnung](#)
- [Arbeitsgruppe 1: "Alternative Medien als Gegenpol zur veröffentlichten Meinung? Chancen und Grenzen"](#)
- [Thesen zum AK "Alternative Medien"](#)
- [Elvi Claßen: Vom Fernsehbild zum Feindbild?](#)
- [Bilder von der Medientagung](#)

Medientagung Münster

Vom Fernsehbild zum Feindbild?

Journalismus zwischen Kriegspropaganda und Friedenskultur



Samstag, 2. Februar 2002, 10 bis 19 Uhr, Münster

Zielgruppe: Medienschaffende, JournalistInnen, Studierende, Friedensbewegung

Programm:

10:00	Eröffnung	Begrüßung der TeilnehmerInnen durch die Bertha von Suttner Stiftung Vorstellung des Tagungsprogramms	
10:15	Vortrag und Diskussion	Das erste Opfer ist Wahrheit - Kriegs- und Friedensbewegung	Roger Willemsen
11:30	Vortrag und Diskussion	Heimatfront Die Stunde der Feiglinge	Gabriele Gillen
12:45	Mittagspause	Imbiss im Tagungsbeitrag enthalten	
14:00	Arbeitsgruppen		
	AG 1	Alternative Medien als Gegenpol zur veröffentlichten Meinung? Chancen und Grenzen.	Bernd Drücke / Peter Wolter
	AG 2	Die Friedensbewegung in den Medien: Interessant nur im Krieg?	Andreas Zumach
	AG 3	Wie Fernsehbilder zu Feindbildern werden.	Elvi Claßen
	AG 4	Die Geheimdienste und ihre Rolle in der psychologischen Kriegsvorbereitung	Rainer Rupp
	AG 5	Möglichkeiten des Internet für friedenspolitische Öffentlichkeit	Erwin Eisenhardt
16:00	Podiumsgespräch	Vom Fernsehbild zum Feindbild? - Journalismus zwischen Kriegspropaganda und Friedenskultur	Matthias Werth, Prof. Horst Pöttker (angefragt), Olaf Buhl, Roger Willemsen, Moderation Hans-Ulrich Jörges (Die Woche - mit Vorbehalt)
18:00	Plenum	Diskussion und Verabschiedung einer „Münsteraner Erklärung für Medienschaffende“	
19:00	Abschluss	Verabschiedung der TeilnehmerInnen	

Teilnahmebeitrag: Euro 16,-/8,- (Ermäßigung für Studierende, Erwerbslose etc.)

Ort:
Bürgerzentrum Bennohaus
Bennostraße 5
48155 Münster
 Tel.: 02 51 - 60 96 41

Das Bürgerzentrum Bennohaus erreichen Sie so:

a) mit dem Bus Linie 12 vom Hbf bis zur Liboristraße. Dort aussteigen und rechts halten, nach ca. 200 m sind Sie am Ziel.

b) mit dem Auto (aus allen Richtungen) Autobahnkreuz Münster Süd, Abfahrt Richtung Münster, dann nach ca. 4 km die Umgehungsstraße Richtung Osnabrück/Bielefeld nehmen. Abfahrt „Wolbecker Straße“, dann rechts halten. Sie passieren die Kanalbrücke, 100 m hinter der BP-Tankstelle fahren Sie links in die Liboristraße hinein. Nach weiteren 100 m zweigt rechts die Bennostraße ab.

Telefonlotse: 01 77 - 31 29 332

Anmeldung:

Kathrin Vogler

(Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen - DFG-VK)

Tel.: 02 51-89 97 526

Fax: 02 51-89 97 527

e-mail: vogler@dfg-vk.de

Anschrift:

Friedensladen

Augustastraße 36

48153 Münster

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich nach Möglichkeit für die Teilnahme an dem Kongress anzumelden.

Wir schicken auf Anfrage gerne Programmfaltblätter, Anmeldekarten und Plakate zu.

Veranstalter: Bertha von Suttner Stiftung der DFG-VK und regionale Kooperationspartner

Wichtiger Hinweis:

In der AG 5 wird es speziell um **Peacelink** gehen. Hier der geplante Ablauf dieser Arbeitsgruppe:

Ein konkretes Projekt, das Internet für die friedenspolitische Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen, ist das Portal "peacelink.de". Es wird gegenwärtig aufgebaut und soll in dieser Arbeitsgruppe vorgestellt, kritisch diskutiert und weiterentwickelt werden. Diese AG ist gedacht für Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die sich konkret über die Möglichkeiten des Einsatzes des Internet für die Friedensarbeit informieren wollen, die bereits mit dem Internet arbeiten oder im Internet vertreten sind und sich weiter vernetzen möchten.

1. Die Peacelink-Idee (Brigitta Meier, ca. 10 Min.)
2. Das Portal www.peacelink.de: Webring-Newsticker-Datenbank (Erwin Eisenhardt, ca. 10 Min.)
3. Mehr als nur eine Link-Sammlung. Aufgaben und Funktion der Peacelink-Redaktion (Wolfgang Menzel, ca. 10 Min.)
4. Rückfragen und Diskussion.
5. Bearbeitung folgender Punkte:
 - Wie werben wir für Peacelink? (PR- und Öffentlichkeitsarbeit)
 - Wie kommen wir zu attraktiven Inhalten? (Quellen, Zuarbeit, Info-Austausch)
 - Wer macht mit? - Wie mache ich mit? (Organisationsstruktur: Trägerkreis, Finanzierung)

- [Zurück zur Stiftungsseite](#)
- [Einladung, Tagesordnung](#)
- [Arbeitsgruppe 1: "Alternative Medien als Gegenpol zur veröffentlichten Meinung? Chancen und Grenzen"](#)
- [Thesen zum AK "Alternative Medien"](#)
- [Elvi Claßen: Vom Fernsehbild zum Feindbild?](#)
- [Bilder von der Medientagung](#)

Medienkongress in Münster/Westf. (Bennohaus) am 02.02.2002

Arbeitsberichte



Medienkongress in Münster/Westf. (Bennohaus) 2.2.2002

Arbeitsgruppe 1 "Alternative Medien als Gegenpol zur veröffentlichten Meinung? Chancen und Grenzen"

Thesenpapier von Dr. Bernd Drücke

Peter Wolter stellt in seinem Diskussionspapier "Thesen zum AK „Alternative Medien“" u.a. folgende These auf: "Die basisdemokratische Organisation der Entscheidungsabläufe in einer AM-Redaktion ist in der Regel kontraproduktiv." (These 7, siehe Peter Wolters Thesenpapier in diesem Heft).

Diese These stelle ich in Frage.

Basisdemokratische Strukturen, wie es sie z.B. bei langlebigen Bewegungszeitungen wie **graswurzelrevolution** und **Contraste** gibt, sind wichtig für das Funktionieren von Alternativmedien. Die professionell gemachte Berliner **tageszeitung** ist seit Einführung der Chefredaktion keine Alternativzeitung mehr. Ihre Perspektive ist nicht mehr basisdemokratisch, sondern, das hat auch die bellizistische Ausrichtung der **taz** während des Jugoslawienkriegs 1999 gezeigt, herrschaftsnah und staatsfreundlich. Wichtig ist für alternative Medien dagegen eine Perspektive "von unten", eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart.

Vorteile alternativer Medien gegenüber Massenmedien

Im Gegensatz zu den alternativen Klein- und Kleinstpublikationen stellen Massenmedien für die Entwicklung und Verbreitung neuer Ideen ein Hindernis dar.

"Stellen wir uns eine Zeitung (...) vor, die alle zu einem bestimmten Zeitpunkt entstandenen neuen Ideen sammeln wollte. Wir haben (...) gesehen, dass es praktisch unmöglich wäre, in einer solchen Sammlung ein bestimmtes Thema zu finden. Es gibt nur ein Mittel, um dem Leser das in einer Zeitung (...) enthaltene Material zugänglich zu machen: Die Masse des Materials muss reduziert werden. Es muss also eine Auswahl getroffen werden, aber diese Auswahl kann nur schlecht sein, denn auch die Herausgeber oder Zensoren, die sie vornehmen, sind außerstande, eine solche Unmenge von Informationen zu lesen, um nur eine davon auszuwählen. Überdies würde diese Auswahl besonders schwierig sein im Falle neuer, ungewohnter Ideen, deren Terminologie noch nicht allgemein bekannt sein kann und die eine gewisse Zeit zum Nachdenken erfordern. Die Herausgeber oder Zensoren (...) werden daher automatisch das zweitrangige, aber *bereits bekannte* Material behalten und alle neuen Ideen ablehnen. Diese Tatsache können wir tagtäglich in unseren Zeitungen, auf den Fernsehbildschirmen etc. bestätigt finden."

Die Massenmedien ersticken also neue Ideen. Anders als die alternativen Periodika, setzen sie die Herrschaftsstrukturen im Zeitalter der Globalisierung als unantastbar voraus und tragen so zu ihrer Zementierung bei. Nach Meinung des Sozialwissenschaftlers Noam Chomsky handelt es sich hierbei weder um Zufall noch um eine besondere Bösartigkeit. Der "Manufacturing Consent", von dem Chomsky spricht, geht von den kapitalistischen Unternehmern als unantastbarem Heiligtum aus. Chomsky sieht fünf "Filter" am Werk, die das Funktionieren der Massenmedien steuern.

Der erste Filter: Die Medien sind im wachsenden Maße große Konzerne wie das Kirch-, Berlusconi- oder Bertelsmann-Imperium.

"Und würde vielleicht von Silvio Berlusconi oder auch Rudolf Augstein erwartet, dass sie das Prinzip der Profitmaximierung verurteilen und die Enteignung der Großkonzerne verlangen?"

Den **zweiten Filter** stellen Werbe- und AnzeigenkundInnen dar. Sie sind für Chomsky die eigentlichen KundInnen, auf deren Wünsche die Tätigkeit der bürgerlichen Medien ausgerichtet sein muss. Die KonsumentInnen sind, in der Sprache des Marktes, lediglich das "Produkt", das

aggressiv beworben wird.

Der **dritte Filter** wird durch die Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlich wichtigen Institutionen wie Unternehmen oder staatlichen Einrichtungen gebildet. Wem werden die Informationen gegeben und wem nicht? Welche Medien werden die neuesten Informationen erhalten, wem wird die Möglichkeit zu einem "informellen Gespräch" eingeräumt? Den Medien, die zusammen mit UnternehmerInnen, CDU/CSU, FDP, SPD und den Bündnisgrünen die Sicherung des "Standorts Deutschlands" verfechten, oder den Menschen die direkte Widerstandsaktionen gegen Atompolitik, Umstrukturierung und rassistische PropagandistInnen und AkteurInnen leisten? Eine wohl eher rhetorische Frage.

Als **vierten und fünften Filter** zur Eliminierung kritischen Denkens aus den Medien nennt Chomsky systematische "Schmutzkampagnen gegen AbweichlerInnen" und, vor allem auf die USA bezogen, "Antikommunismus als nationale Religion". Das KPD-Verbot 1956, die Antiterrorismushysterie, die im "Deutschen Herbst" 1977 einen Höhepunkt erreichte, die Berufsverbote und "Sicherheitsgesetze" gegen Linke, die ehrabschneidende *Bild*-Zeitungskampagne gegen den *tagesthemen-Moderator* Ulrich Wickert, der sich im Oktober 2001 kritisch zum Afghanistan-Krieg der USA geäußert hatte und die aktuelle Suspendierung von Lehrern, die sich seit dem 11. September 2001 gegen den US-Krieg in Afghanistan geäußert haben (Nadir, Indymedia u.a.) belegen, dass diese Prozesse auch in der Bundesrepublik wirksam waren und sind.

Nach Chomsky beruht die Struktur moderner Medien auf einem herrschenden Konsens, der durch den Wiedererkennungswert bestimmter Meldungen ständig reproduziert wird. Die Meldung "Kommunisten unter Pol Pot begehen in Kambodscha Völkermord" musste demnach in der US-Öffentlichkeit ab Mitte der siebziger Jahre nicht belegt oder ausführlich begründet werden, um geglaubt zu werden. Sie fußte auf dem herrschenden Konsens des medial geprägten Prokapitalismus und US-typischen Antikommunismus. Die Nachrichten: "USA begeht in Kambodscha Völkermord" (dies war 1975 der Fall) und: "Von den USA unterstützte indonesische Interventionstruppen begehen in Ost-Timor Völkermord (dies war nach 1975 ein Fakt) hatten keine Chance auf Zustimmung, weil sie dem herrschenden Konsens widersprachen. Es hätten erst Beweise, Belege und Dokumente angeführt werden müssen, um glaubwürdig zu werden.

"Dies widerspricht jedoch dem vor allem in den Fernsehsendern vorherrschenden Diktum der Kürze einer Nachricht."

Demnach fördern kurze Nachrichten den herrschenden Konsens. Abweichende oder den Konsens durchbrechende Nachrichten haben keine Chance, weil sie in der Kürze der Zeit nicht begründet werden können.

"Die Aktualität der von Chomsky geleisteten Kritik der Verkürzung von Nachrichten, zeigt sich heute zum Beispiel im Trendsetter **Focus**, dem der **Spiegel** als 'Nachrichtenmagazin' nacheifert. Die Nachrichtenartikel werden immer kürzer und nur noch selten ausführliche Hintergrundanalyse veröffentlicht. Diese Struktur reagiert auf und verschränkt sich mit Mechanismen der Gedächtniserstörung durch die moderne Unterhaltungsindustrie: Musikvideos, Techno-Musik, visuelle Reizüberflutung durch Computeranimationen, aber auch das 'Zappen' durch unzählige Fernsehkanäle sind entsprechende Zeiterscheinungen. Die Fähigkeit zur motorischen Wahrnehmung von Zusammenhängen und komplexe Gedächtnisleistungen werden zerstört. Ein Ergebnis ist, dass KonsumentInnen lange Konzentrationsphasen, und somit auch lange Artikel oder ausführliche Analysen, ermüdend finden und unmerklich auf sie verzichten - zu ihrem eigenen Nachteil."

Um grundlegende Kritik an der ungleichen Verteilung von Reichtum, Macht und Privilegien aus der Öffentlichkeit zu entfernen, reicht heute meist das freie Spiel unternehmerischer und staatlicher Macht. Es wirkt ganz von allein und ohne gewaltsamen Zwang. Es bewirkt, dass die öffentliche Meinung von dieser Macht beherrscht wird. Durch das Zusammenwirken der o.g. Faktoren tragen die Massenmedien dazu bei, aus der Demokratie eine ZuschauerInnendemokratie zu machen.

Während die Massenmedien Millionen Menschen erreichen, interessieren sich für die vielen alternativen "Minimedien" nur einige tausend Personen, die aber - zumindest dem alternativen Anspruch nach - nicht KonsumentInnen, sondern zugleich HandlungsträgerInnen und AutorInnen sind. Sie stellen Kommunikation auf Dauer her, die sich der Definitionsmacht der etablierten Presse, ihrer Präferenz für dramatische bzw. "sensationelle" Ereignisse, ihrer Fixierung auf zentralisierte und hierarchische Strukturen, Führer und Fraktionierungen zu entziehen vermag. Die alternativen Periodika können nicht alle neuen Ideen veröffentlichen, aber sie können jede Neuheit bringen, die irgendeine/r der wenigen LeserInnen vorschlägt, und diese Ideen sind dann allen LeserInnen zugänglich. Die Möglichkeiten, die ein solches Netz von vielfältigen "Minimedien" haben könnte, skizzierte Yona Friedman folgendermaßen:

"Wenn wir (...) annehmen, jede Gemeinschaft von 5.000 bis 10.000 Mitgliedern könne eine eigene Zeitung haben, so dürfen wir gewiss sein, dass jede beliebige Idee veröffentlicht werden würde, auch wenn sie dann nicht notwendigerweise von allen Bewohnern des Erdballs gelesen wird. So einfach dieser Vorgang ist - er verhindert doch die Zurückweisung neuer Ideen und

fördert die Vielfalt der Subkulturen.

Ich will mit diesem imaginären Beispiel zeigen, dass die weltweite Kommunikation im Gegensatz zu den üblichen Anschauungen nicht der kulturellen Entwicklung oder der Vermehrung der Kenntnisse des Menschen dient, sondern, im Gegenteil, zu einer Verarmung führt.

Die wirksamste Kommunikation ist und bleibt offensichtlich die von Angesicht zu Angesicht."

Dezentralität, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung sind inzwischen breit akzeptierte demokratische Grundwerte und dies ist zum großen Teil dem Einfluss der Alternativmedien im APO-Kontext zuzuschreiben.

Die alternative Presse hatte und hat Einfluss auf alle linken, nach 1968 entstandenen neuen sozialen Bewegungen, z.B. die Friedens-, HausbesetzerInnen-, Frauen-, Lesben-, Schwulen-, Männer-, Volkszählungsboykott-, Anti-Startbahn West- und Anti-Atomkraft-Bewegung. Alternative Publikationen erreichen z.T. auch Menschen außerhalb der linken Bewegungen und tragen nicht unerheblich zur Mobilisierung z.B. gegen Atomtransporte und Militarisierung bei.

Die durch alternative Medien verbreiteten Ideen, Gesellschaftsentwürfe und Utopien sind diskussionswürdig und können als theoretische Basis für die Kritik an autoritären Sozialstrukturen dienen.

Wer aber die Geschichte der Bundesrepublik betrachtet, stellt fest, dass die Einflussnahme der Alternativmedien auf bestimmte soziale Komponenten seit mehr als einer Dekade rückläufig ist. So ist die Wirkung antimilitaristischer/basisdemokratischer/alternativer Ideen/Utopien auf die grüne Partei in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Dies muss im Zusammenhang mit der Etablierung der Grünen als staatstragende Partei, dem schwindenden Einfluss der sogenannten "Fundis", den daraus folgenden Parteiaustritten gesehen werden.

Auch der Einfluss alternativer Ideen auf die **taz** ist schrittweise zurückgegangen und spätestens seit der Einführung der Chefredaktion fast nur noch auf die Kleinanzeigen- und LeserInnenbriefe-Seiten beschränkt.

Ausblick: Die Zukunft der alternativen Presse und der sozialen Bewegungen

Die sich heute von den westlichen Demokratien aus global durchsetzenden Filtermechanismen dominanter Medien haben nach Chomsky einen entscheidenden Nachteil, an dem emanzipatorische Praxis und Gegenöffentlichkeit ansetzen können. Die globalisierten Medien basieren nicht prinzipiell auf der Unterdrückung von Informationen, sondern auf der oben beschriebenen manipulativen Filterung. Das heißt: Informationen, die sich gegen den herrschenden Konsens wenden sind grundsätzlich vorhanden. Sie können gesammelt, benutzt und zu Zwecken der Gesellschaftsveränderung in emanzipatorischem Sinne verwendet werden. Alternativen Medien kommt nach Chomsky die Funktion intellektueller Selbstbehauptung gegen die gedächtniserstörenden Mechanismen der Massenmedien zu.

Von der alternativen Nutzung der Computernetzwerke und der modernen Kommunikationstechnologien lässt sich ein Auftrieb für alternative Initiativen (Nadir, Indymedia u.a.) erhoffen, die auf diese Weise wichtige Informationen öffentlichkeitswirksam verbreiten und austauschen können. Zwar zeichnet sich durch die verstärkte Nutzung des Internets ein Strukturwandel in der alternativen Medienlandschaft ab; wie in der Vergangenheit, werden die sozialen Bewegungen aber auch in Zukunft nicht zuletzt durch ihre Printmedien Sozialgeschichte machen.

Einige Projekte sind auf dem Weg, alternative Positionen in breiteren Bevölkerungsschichten bekannt zu machen.

Als paradigmatisch könnte sich die von 1992 bis November 1997 monatlich mit Auflagen bis zu 40.000 als "Kölsches Blatt" herausgekommene **von unge** erweisen, vorausgesetzt ihr Konzept als "linksradikale Bildzeitung" bzw. "Trojanisches Pferd" wird auch außerhalb Kölns bekannt und als "Kommunikationsguerillakonzert" akzeptiert.

Die "Kommunikationsguerilla" schafft z. B. durch Mittel der Spaßguerilla Verwirrung. Ihr Ziel ist es, das Funktionsprinzip der, auch durch diskursive Wege ausgeübten und legitimierten Macht zu stören und zu schädigen. Die Kommunikationsguerilla begreift ihre Mittel - z.B. Fake-Ausgaben der **Westfälischen Nachrichten**, der **Frankfurter Rundschau** und des **Weserkurier** - als einen Weg zur Störung dessen, was Foucault als "Ordnung des Diskurses" bezeichnet und als wesentliches Element von Machtausübung identifiziert hat.

Übergreifend bleibt festzustellen, dass sich alternative Medien wie z.B. **anti atom aktuell** und **graswurzelrevolution** bis heute bemühen, die Lösung der sozialen und ökologischen Probleme mit einer anti-etatistischen Perspektive zu verbinden. Ihre Propagierung war und ist aber bisher ohne Erfolg. Dass die konsequent-praktische Umsetzung basisdemokratischer/alternativer Grundwerte autonom-gesellschaftliche Alternativen zur Voraussetzung haben, wird nur selten ernst genommen. Dabei hat die Entwicklung der grünen Partei gezeigt, dass die Vereinnahmung

durch staatliche bzw. parlamentarische Konzeptionen zur Integration und Korrumpierung, also zur Entschärfung basisdemokratischer Opposition führt.

Die Notwendigkeit und die Chancen der alternativen Presse liegen im Aufzeigen solcher Zusammenhänge und der Praktizierung und Propagierung einer dauerhaften Alternative. Dass die alternative Bewegung und ihre Presse zukünftig - trotz ihrer oben beschriebenen Probleme - in der Lage sein wird, auf gesellschaftliche Umbrüche effektiver zu reagieren und größere Akzeptanz und Unterstützung innerhalb einer sich wandelnden Gesellschaft zu gewinnen, ist nicht auszuschließen.

Nach dem Scheitern des etatistischen Sozialismus und der sich abzeichnenden Krise des globalisierten Kapitalismus werden im 21. Jahrhundert gesellschaftliche Ideen und Gegenkonzepte zu etatistischen als auch zu neoliberalen Ideologien an Bedeutung gewinnen.

Realistisch ist unter den heutigen Herrschaftsbedingungen des Neoliberalismus und nicht erst seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl der Atomtod, die Zerstörung und Vergiftung der Natur und des Menschen durch den Menschen. Aber:

"Im Namen des Realismus werden die Menschen total verrückt, und genau das, was sie utopisch nennen, ist die Vorbedingung für den Fortbestand der Menschheit. Utopische Maßnahmen sind Maßnahmen, die uns vor dem Atomtod retten; realistische, gesunde, vernünftige, praktische Schritte sind heute die Aktionen der Verrückten und der Dummköpfe."

Der Autor Bernd Drücke ist Soziologe, Lehrbeauftragter an der Uni Münster, sowie hauptamtlicher Redakteur der alternativen Monatszeitung *graswurzelrevolution*. In seiner Doktorarbeit über "libertäre Presse" hat er sich u.a. mit den Möglichkeiten alternativer Medien beschäftigt.

- [Zurück zur Stiftungsseite](#)
- [Einladung, Tagesordnung](#)
- [Arbeitsgruppe 1: "Alternative Medien als Gegenpol zur veröffentlichten Meinung? Chancen und Grenzen"](#)
- [Thesen zum AK "Alternative Medien"](#)
- [Elvi Claßen: Vom Fernsehbild zum Feindbild?](#)
- [Bilder von der Medientagung](#)

Medientagung Münster

Thesen zum AK "Alternative Medien" (von Peter Wolter)

1. Alternative Medien (AM) können eine wichtige Rolle spielen, um die Bevölkerung direkt oder - indirekt, über ihren Einfluss auf etablierte Medien (EM) zu informieren.
2. AM müssen unabhängig von Kräften bleiben, die ihrem politischen Anspruch entgegenstehen. D.h.: Unabhängigkeit von Behörden, Stiftungen und anderen Geldgebern heißt in der Regel, dass sie sich aus Anzeigen, Spenden und Verkaufserlösen finanzieren müssen. (Spenden können auch mit politischen Erwartungen verbunden sein.)
3. AM müssen professionell gemacht sein, um wirtschaftlich bestehen zu können. Unbeholfene Schreibe, schlechte Recherche, lausiges Layout und Unkenntnis in Betriebsführung und Anzeigenakquise bieten für den Anfang mitunter einen exotischen Reiz - auf Dauer sind sie jedoch Garanten für Wirkungslosigkeit und ein schnelles Aus.
4. AM müssen sich klar darüber sein, wer die Leser sind, was sie verstehen und welches Vokabular sie beherrschen. Berichterstattung über Fakten sollte wichtiger sein als die Darstellung eigener Meinungen. Die Schreibe muss für die Leser verständlich sein, die Themen müssen die Bedürfnisse der Leser treffen. Akademische Ausdrucksweise ist nur für die Zielgruppe Akademiker geeignet (meistens wollen die das aber auch nicht lesen).
5. AM sollten den Austausch mit Journalisten aus den EM suchen - beide Seiten können davon profitieren. Auf diesem Wege können Professionalität und auch die indirekte Werbung für die AM verbessert werden.
6. Ein Ziel der AM sollte es sein, die Informationen aus amtlicher Quelle, auf die die EM vorwiegend zurückgreifen, zu delegitimieren. D.h.: Lügen müssen möglichst schnell entlarvt werden, die Entlarvung muss möglichst schnell verbreitet werden. Die Glaubwürdigkeit von Politikern u. Pressesprechern, die sich als Täuscher entpuppt haben, muss systematisch untergraben werden. Mitunter warten Kollegen aus den EM auch darauf, diesen Ball zugespielt zu bekommen.
7. Die basisdemokratische Organisation der Entscheidungsabläufe in einer AM-Redaktion ist in der Regel kontraproduktiv. Rechtschreibung, Grammatik, Stil und journalistisches Feingefühl sind nicht abstimmungsfähig. Ein Studium der Sozialpädagogik ist noch keine journalistische Qualifikation.
8. Die Vereinsstruktur ist nach meiner Erfahrung keine gute Lösung: In Vereinen gibt es allzu viele Mitglieder, die zwar Engagement besitzen, aber keine Fachkenntnisse. Hinzu kommt, dass die Versuchung manchmal groß ist, nach zufälliger Wahl in den Vorstand ("es gab keinen anderen ...") den Chef herauszukehren. Die Karre wird schnell an die Wand gefahren, wenn ein Vereinsvorstand, der sich aus beflissenen Laien zusammensetzt, journalistische Entscheidungen trifft.
9. Ziel der AM sollte es sein, die Gesellschaft (oder Teilbereiche) zu verändern. Es sollte nicht darum gehen, eine Plattform für die persönliche Betroffenheit zu schaffen.



Medientagung Münster

Mit der Order "No dead bodies" wurde der Brite Roger Fenton im Jahre 1855 von Prinz Albert als "Bildberichterstatter" in den Krim-Krieg geschickt. Er sollte die Meldungen der "Times" widerlegen, die diesen Krieg als ein Desaster für Großbritannien darstellten. Fenton legte ein Krim-Krieg-Album vor, das nicht das Sterben der Soldaten, sondern den Krieg als ästhetisches Ereignis, als "Frühstück im Grünen" präsentierte. Mit seinen Berichten und Bildern vom Schwarzen Meer ging Fenton als erster Kriegsfotograf in die Geschichte ein. (Lewinski, J.: The Camera At War. Chatam 1978, S. 39f.)

Elvi Claßen

Vom Fernsehbild zum Feindbild?

Teilweise erweiterter & aktualisierter Vortrag, gehalten am 2. Feb. 2002 auf dem Medienkongress in Münster/Westf. (Stand: 27.2.02)

Krieg ist immer schon auch ein Kampf um die Macht, bestimmen zu können, welches Bild von der Realität des Krieges bei den Akteuren diesseits und jenseits der Frontlinien ankommt. Aber die militärische Öffentlichkeitsarbeit und die Kriegspropaganda sehen sich längst nicht mehr nur in Konkurrenz zu eventuell widersprechenden Deutungen in den zivilen Massenmedien. Die umfassenden Zensurmaßnahmen und gleichzeitigen multimedialen Informationsoffensiven der Militärs an der 'Heimatfront' und im Kriegsgebiet, ebenso wie die gezielten Bombenangriffe auf die gegnerische Medien-Infrastruktur - 1999 im Kosovo und jetzt auch aktuell im "Krieg gegen Terror" - lassen es erahnen: Public Relations und Propaganda sollen die Berichterstattung auf dem internationalen Nachrichtenmarkt kontrollieren, dominieren und ... sogar ersetzen.

Was die Rolle der zivilen Medien dabei betrifft, so ist Krieg für sie vor allem ein profitables Ereignis mit höheren Absatzzahlen bzw. Einschaltquoten. Die elektronischen Medien, insbesondere das Fernsehen, sind dabei unter hohem Konkurrenz- und Zeitdruck angewiesen auf aktuelles Material, spektakuläre Bilder und eine möglichst verbindliche Quellenlage, die den Aufwand für Nachrecherchen verringert. Bedingungen, die den multimedialen Informationsoffensiven der Militärs in die Hände spielen.

Kritische Berichte und Analysen hingegen, die den offiziellen Interpretationen des Kriegsgeschehens widersprechen oder sie widerlegen, die nach den tatsächlichen Beweggründen militärischer Intervention fragen und die Legitimität des Krieges als Mittel der Politik infrage stellen, rücken ihre AutorInnen (z.B. JournalistInnen, aber auch ExpertInnen aus der Wissenschaft, Friedens- oder Menschenrechtsbewegung) ins Fadenkreuz der Generäle; so heißt es zum Beispiel im strategischen Handbuch der US-Army seit 1996: "Immer häufiger werden von [unseren] militärischen Befehlshabern Aktivitäten eingefordert, die beeinflussen, wie [militärische] Operationen von verschiedenen Publika der Nachrichtenberichterstattung wahrgenommen und beurteilt werden.[Solche Aktivitäten] sind eine

Grundvoraussetzung für eine wirkungsvolle Darstellung des Kriegsgeschehens. Die Anforderung, kritische Zuschauer, Meldungen und Kommunikationsmedien zu identifizieren, ist für die Militärführung nicht neu. Aber sie wird für die erfolgreiche Kriegsführung zunehmend bedeutsamer."

Potentiell feindliche Akteure werden im Krieg um, mit und gegen Informationen identifiziert über den Grad ihrer Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der globalen Informationsumgebung. Kontradiktive Interpretationen des Kriegsgeschehens sollen - auch das beinhalten die aktuell gültigen Strategien der Militärs - durch Zensurmaßnahmen behindert, durch Gegeninformationen in ihrer Glaubwürdigkeit herabgesetzt, oder - wenn alles nichts hilft - durch Angriffe auf ihre Kommunikations- und Publikationsmittel ausgeschaltet werden.

So werden die Medien im Informationskrieg, gewollt oder ungewollt, zu verplanten Elementen, entweder zu Kombattanten oder zum Angriffsziel. Denn mit ihrem Einfluss auf das Bild, das sich die Menschen vom Krieg machen, steht und fällt die Bereitschaft der Informationsgesellschaften, einen Waffengang zu unterstützen und auch seine negativen Auswirkungen zu akzeptieren. Der ehemalige NATO-Sprecher Jamie Shea beklagte im Juni 1999 im Hinblick auf die Diskrepanzen zwischen der militärischen Informationspolitik und den Medienberichten über die zivilen Opfer des Kosovo-Krieges:

"Einzelne Zwischenfälle wurden hoch-, der grundsätzliche Trend heruntergespielt. Die 0,1 Prozent Fehler der NATO wurden zum zentralen Drama des Konflikts und zum entscheidenden Maßstab für die Bewertung der militärischen und moralischen Effektivität der NATO."

Der Luftwaffengeneral und ehemalige NATO-Sprecher Walter Jertz kritisiert die Qualität der NATO-Propaganda als Ursache für einen drohenden Konsensbruch: "Bilder sind Waffen (...) und die NATO hat im Umgang mit diesen Waffen in den ersten Wochen erhebliche Fehler begangen." Auf Grund der mangelhaften Öffentlichkeitsarbeit habe die Gefahr eines Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung und bei den politisch Verantwortlichen in den NATO-Staaten existiert. Es habe die Möglichkeit bestanden, dass die Kampfhandlungen hätten abgebrochen werden müssen.

Die - über die Medien vermittelte - Kriegsberichterstattung mit ihrer Themenauswahl und ihren visuellen und semantischen Symbolen dokumentiert nicht nur, wer die Macht hat, mit seiner Interpretation der Realität die gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung des Krieges zu formen. Die Darstellung des Krieges ist immer auch ein Indikator für das jeweils dominierende gesellschaftliche „Image“ eines Krieges. Und das ist zu keiner Zeit wirklich verbindlich: Politiker und Militärs haben zwar den „Krieg“ zum legitimen Mittel der Politik erklärt; aber sie wissen wohl recht genau, dass die Bevölkerung - ihre Wählerinnen und Wähler - insbesondere hier in Europa und in Deutschland sowieso, diesem „Mittel“ immer noch eher distanziert gegenübersteht. Deshalb bieten sie gemeinsam mit Public-Relations-Spezialisten entsprechende Leitmotive für die Berichterstattung an, etwa „Genozid im Kosovo“, „humanitäre Verantwortung“, „militärische Effizienz mit geringen Kollateralschäden“ oder „die Achse des Bösen“. Aber die Mehrheit der Zivilbevölkerung, nicht nur bei uns, ist weder besonders ‚militärfreundlich‘ oder gar ‚kriegsbegeistert‘. Sie ist viel mehr bereit, Maßnahmen zu unterstützen, die helfen, Konflikte zu lösen und die Lebenssituation der Menschen in Krisenregionen zu verbessern. Die Hilfsbereitschaft

und das Mitgefühl - die „Solidarität“ - der Bevölkerung wird von den Regierungen ausgenutzt, um von den wahren Kriegszielen abzulenken: Machtpolitik und wirtschaftliche Interessen. Was die aktuelle Situation betrifft, ist es das gleiche Muster. Zusätzlich wird hier auch noch die Angst geschürt vor terroristischen Angriffen. „Krieg gegen Terror“ ist genauso wie „Krieg für die Menschenrechte“ absurd. Eine echte, zivilisierte, humanitäre Weltinnen- und globale Sozialpolitik muss auf Prävention und Gewaltfreiheit setzen und allen Menschen auf diesem Planeten ein Mindestmaß an sozialen und politischen Rechten sichern. Für diese Strategien und Ziele lägen die Mehrheiten, würden (endlich mal) die Bevölkerungen entscheiden, wahrscheinlich nahe 100 Prozent.

Deshalb ist es notwendig, sich immer wieder klar zu machen, dass es nicht das unabwendbare Schicksal der Wahrheit ist, im Krieg unterzugehen. Auch im aktuellen "Krieg gegen Terror" ist die Wahrheit nicht 'verschwunden'. Sie ist immer noch da, aber die verantwortlichen Politiker und Militärs auf beiden Seiten setzen alles daran, sie zu zensieren, oder sie mit ihren Bildern und Geschichten so zu verzerren und zu überdecken, dass sie kaum noch erkennbar ist. Weil die Wahrheit zunächst einmal eine Feindin des Krieges ist. Ob sie auch sein Opfer wird oder ob sie ihn vielleicht sogar besiegt, hängt immer von der Stärke derjenigen ab, die sie ans Licht bringen.

Es geht also um die Bruchstelle zwischen der offiziellen Darstellung des Kriegsgeschehens und seiner gesellschaftlichen Wahrnehmung, die genau dort entsteht, wo sich die Realität des Krieges nicht mehr mit den Propaganda-Strategien der Militärs in Deckung bringen lässt: Was sehen wir vom Krieg? Warum? Und: Warum sehen wir so vieles nicht?

Visuelle Symbole

Visuell signifikante Szenen werden aufgrund ihres Informationsgehalts zu einem Schlüssel, der bestimmte inhaltliche Zusammenhänge erschließt. Als prägnante, teils auch emotional aufgeladene Erkennungsmerkmale werden sie in der Medienberichterstattung eingesetzt, weil sie Erklärungszeit reduzieren und/oder in historischer, thematischer oder analytischer Perspektive assoziativ wirken. Bestimmte symbolische Szenen werden gesellschaftlich tradiert und behalten ihre inhaltliche Relevanz auch für spätere Generationen, selbst wenn diese das Ereignis nicht bewusst miterlebt haben; z.B. Willy Brandts Niederknien vor dem Mahnmahl für das Warschauer Ghetto im Jahre 1970.

Andere Symbole wirken kulturell spezifisch, wie etwa die „Yellow Ribbons“, die in den USA seit dem Bürgerkrieg benutzt werden, um zu signalisieren, dass man auf die Heimkehr der Soldaten wartet. Der Popsong "Tie a Yellow Ribbon Round the Ole Oak Tree" von 1973 und der Brauch selbst wurden 1981 wieder aktuell, als man 444 Tage auf die Rückkehr der 52 US-Geiseln aus dem Iran wartete und in vielen US-amerikanischen Städten gelbe Bänder an Häuserfronten, Gartenzäunen, Bäumen usw. Solidarität und Hoffnung signalisieren sollten. Während des Golf-Krieges 1991 wurden die „Yellow Ribbons“ erneut eingesetzt und viele US-Fernsehnachrichtensendungen präsentierten immer wieder Straßenzüge, Vorgärten usw., in denen gelbe Bänder flatterten, als Schlüsselbilder für den Patriotismus an der Heimatfront.

International wirkende Schlüsselbilder werden von Menschen in aller Welt wiedererkannt, z.B. bestimmte Gebäude, Flaggen, die Inszenierung von Staatsbesuchen, oder besonders erschütternde Szenen aus Katastrophen oder Kriegen, wie hier Bilder von Opfern des irakischen Giftgas-Angriffs 1988 auf das kurdische Halabja im Nord-Irak ...

... oder von dem Schusswechsel zwischen Israelis und Palästinensern, in den Jamal al-Dura und sein Sohn Mohamed am 30. September 2000 gerieten. Die israelischen Soldaten feuerten immer wieder auf die beiden. Die Kugeln trafen Mohamed in die Brust, in den Bauch, ins Bein und in die Hüfte. Jamal, der versuchte sein sterbendes Kind zu schützen, wurde in den Arm und in die Beine getroffen. Erst als der Vater sich tot stellte, nach 45 Minuten, hörte die Schießerei auf.

Manchmal verlieren Bilder an Kraft, weil der Zusammenhang, aus dem sie entstanden, im Laufe der Zeit an Bedeutung verliert, oder weil sie zu oft wiederholt werden. Aber manche verfestigen sich auch als nicht weiter hinterfragte Schlüsselbilder für immer in der öffentlichen Wahrnehmung, so wie dieses Foto aus dem Vietnam-Krieg im Jahre 1967:

Die Macht der Bilder im Krieg - Bilder gegen den Krieg

Die Macht der Bilder im Krieg wird gefürchtet von denen, die einen Krieg als präzises und rationales Mittel gegen die politische und militärische Kraft des Gegners darstellen wollen. Wenn aber die Wahrheit ganz anders aussieht und die Bilder die uns erreichen, die Fratze des Krieges zeigen, die Toten, die Verstümmelten, die Angst und die Verzweiflung der Menschen, die die Wirklichkeit des Krieges erleben, dann können diese Bilder auch dazu beitragen, dass immer mehr Menschen ihre Zustimmung zum Krieg verweigern.

Zum Beispiel . . .

. . . das Foto, das die neunjährige Phan Thi Kim Phuc zeigt, die bei einem Napalm-Angriff auf Trang Bang/Nordvietnam am 8. Juni 1972 schwerste Brandverletzungen erlitt.

. . . das Foto eines toten US-Soldaten, dessen Leiche in Mogadishu/Somalia von einem wütenden Mob durch die Stadt geschleift wird. Der ehemalige Vietnam-Kriegsberichterstatte David Halberstam sagte über die Bilder aus Somalia, das Bild hungernder somalischer Kinder habe die USA in diesen Konflikt getrieben und das Foto Paul Watsons (AP, er bekam dafür 1994 ebenfalls den Pulitzer-Preis) trieb sie wieder hinaus. So bewertete auch Madeleine K. Albright, zu jener Zeit UN-Botschafterin für die USA, die damalige Situation vor dem Somalia-Senatsausschuss: "Die Möglichkeiten des Fernsehens, anschauliche Bilder von Elend und gewalttätigen Ausschreitungen in unsere Wohnzimmer zu übertragen, hat den Druck verstärkt, sowohl für ein sofortiges Eingreifen in internationalen Krisenregionen als auch für einen sofortigen Rückzug, wenn sich die Dinge nicht wie geplant entwickeln."

Gilt Somalia als ein Beispiel für den sogenannten „CNN-Effekt“ (die TV-Berichterstattung bestimmt politisch/militärisches Handeln), so stehen die nachfolgenden Beispiele für die Zensur und Selbstzensur im Krieg - wenn militärisches oder redaktionelles Handeln verhindert, dass visuelle Dokumente an die

Öffentlichkeit gelangen, die einen negativen Einfluss auf die offizielle Interpretation des Kriegsgeschehens haben könnten:

. . . Fotos von Opfern der US-Raketenangriffe auf Al Jumhuriya in der Nähe von Basra im Januar 1999. Das dpa-Foto des irakischen Informationsministers Humam Abdelchalik Abdelghafur illustrierte den Bericht der Rhein-Zeitung im Internet. Die Fotos von Nor, sechs Jahre alt, im Arm ihres Vaters, und ihrer Schwester, die beide bei dem Bombardement starben, wurden von 'Voices in the Wilderness', einer Initiative für das Ende der UN-Sanktionen gegen die irakische Bevölkerung, unter dem Titel "Images That Shouldn't Exist" ins Internet gestellt:

. . . die Bilder von den (nach UN-Angaben) 74 Toten und 100 Verletzten am 14. April 1999 nach der NATO-Bombardierung eines Flüchtlingstrecks nahe Djakovica im Süden Kosovos am 14.4.1999. Verteidigungsminister Scharpings reagierte in den Tagesthemen /ARD am gleichen Tag mit einer Lüge: die Toten, die man im jugoslawischen Fernsehen gesehen hätte, seien Opfer serbischer Angriffe gewesen; mit einer ähnlichen Falschaussage ging der NATO-Oberbefehlshaber Europa General Wesley Clark an die Öffentlichkeit. Associated Press (Frankfurter Rundschau, 16.4.1999) zitierte „NATO-Kreise“: "Das sieht nach einer gestellten Szene aus." Kenneth Bacon/Pentagon sprach von "serbischen Luftangriffen" und der britische Außenminister Robin Cook warf der serbischen Führung vor, sie vergieße "Krokodilstränen". Erst fünf Tage später, am 19.4., kam das offizielle Eingeständnis: Brigadegeneral Dan Leaf bestätigte mit den Ergebnissen der von ihm geleiteten Untersuchung zum "Fall Djakovica", dass die NATO zwei zivile Konvois bombardiert hatte.

. . . Bilder von den Kindern, Frauen und Männern, die in Afghanistan durch US-Bomben verstümmelt oder ermordet wurden.

Beispiel Kabul: Am 28. Oktober 2001 flogen US-Kampfflugzeuge die bis dahin schwersten Luftangriffe gegen Afghanistan. Die meisten Illustrationen zu der diesbezüglichen Berichterstattung vermittelten kaum einen Eindruck davon, was die Bomben im Kriegsgebiet anrichteten:

Beispiel Kama Ado: Der Ort wurde am ersten Dezember-Wochenende von B52-Bombern zerstört. 15 Männer, Frauen und Kinder starben. Das US-Verteidigungsministerium, konfrontiert mit Berichten über die zivilen Opfer, leugnete das Geschehen. Britische Journalisten, die den Ort besuchten, berichteten am 4. Dezember aus "dem Dorf, in dem nichts geschehen ist". (Nach The Independent, 4.12.2001)

Der Spiegel titelte einen Tag später "Blutbad durch US-Bomben. Das Dorf, in dem nichts passierte". (Der Spiegel Online, 5.12.2001.)



Kama Ado nach dem Bombenangriff; Fotos: AP.
Quelle: <http://www.ccmep.org/hotnews/avillage120401.html>

Bilder verwundeter oder toter US-Soldaten aus dem „Krieg gegen Terror“ in Afghanistan - sehen wir ebenfalls nicht. Die militärischen Forschungsabteilungen in den USA nennen es „Casualty Aversion“, wenn die gesellschaftliche Zustimmung zu einem Krieg steht und fällt mit der Quote der verwundeten oder getöteten eigenen Soldaten, die die Frage nach dem Preis des Sieges in den Vordergrund treibt. „I don't like this body count business“ wird Norman Schwarzkopf aus dem 2. Golf-Krieg zitiert. Am 5. Dezember 2001 mussten die Pool-Journalisten auf der US-Marine-Basis „Camp Rhino“ in einem Gebäude fernab warten, als die Opfer der fehlgeleiteten B52-Bombe - US-Soldaten und Anti-Taliban-Krieger - auf das Gelände gebracht wurden. Man wollte verhindern, dass Bilder der Toten und Verwundeten an die Weltöffentlichkeit gelangen.

Angriffe auf "feindliche Medien"

Politiker und Militärs fürchten offenbar nichts mehr als dass die Zahl der Kriegsoffer die postulierte „chirurgische Genauigkeit“ der Bombardements widerlegt, dass die eigene Bevölkerung ihnen nicht mehr glaubt, dass der Krieg das einzige und beste Mittel ist, um kriegerische Konflikte, Terror, Elend, Unterentwicklung zu bekämpfen und anfängt darüber nachzudenken, ob Bomben die Situation nicht eher verschlimmern. Dafür wird die Authentizität 'negativer Bilder' als „Feindpropaganda“ angezweifelt; die eigene Schuld an den Ereignissen abgemindert („Kollateralschäden“) und mit allen Mitteln versucht, „negative Bilder“ erst gar nicht entstehen zu lassen.

Mit dem Kosovo-Krieg 1999 wurde auch die "Ausschaltung" feindlicher Medieneinrichtungen als strategische Maßnahme in das militärische Handlungsspektrum integriert: Am 8. April 1999 bezeichnete der NATO-Sprecher David Wilby das staatliche jugoslawische Fernsehen als ein Instrument der Propaganda und Unterdrückung, das man bombardieren würde, falls Milosevic nicht der Ausstrahlung von täglich 6 Stunden Programm der NATO zustimme. Noch am 12. April hatte Shea auf die alarmierte Anfrage des Generalsekretärs der Int. Journalistenvereinigung, Aidan White, geantwortet: „Die alliierten Streitkräfte [werden] Radio- und Fernsehanlagen nur dann bombardieren, wenn sie sich innerhalb militärischer Anlagen befinden ... Die NATO hat nicht die Absicht, Sendeanlagen grundsätzlich zu bombardieren.“ In den Morgenstunden des 23. April

zerstörte die NATO das Gebäude des serbischen Rundfunks (RTS) in Belgrad; 15 Menschen starben und 30 wurden verletzt. Allein in den ersten vier Wochen des Bombardements zerschossen alliierte Bomber 23 Rundfunktransmitter im Kriegsgebiet. Am 26. Mai wurde auch die europaweite Übertragung des serbischen Fernsehens gestoppt. Zu den Konsequenzen hieß es am 27. Mai 1999 in der Hauptausgabe der Tagesschau: "Seit gestern abend ist die Berichterstattung über die NATO-Angriffe eingeschränkt. Bilder von getöteten Zivilisten und verwüsteten Wohnhäusern durch fehlgeleitete NATO-Bomben werden künftig nicht mehr zu sehen sein. Auf Druck der NATO-Länder wurden die Sendungen des serbischen Fernsehens über Satellit vom europäischen Satellitenkonsortium eingestellt."



23. April 1999: in Belgrad liegt das RTS-Gebäude in Trümmern. Foto: CNN.

in Novi Sad/Serbien. Foto: U.S. Department of Defense.

Auch im aktuellen "Krieg gegen Terror" geraten die Medien immer wieder ins Fadenkreuz: Am 13. Nov. werden in Kabul das Al-Jazeera-Büro und die Büros der Associated Press und BBC von US-Bomben getroffen. Menschen wurden nicht verletzt, aber der materielle Schaden beläuft sich allein für Al-Jazeera auf 800.000 US-Dollar. Gefragt, ob er glaube, die Redaktion sei absichtlich bombardiert worden, antwortete der Al-Jazeera-Geschäftsführer Mohammed Jassim al-Ali: „Sie wussten, wo wir unsere Büros haben und welche Ausrüstung sich hier befindet. Trotzdem wurden wir nicht gewarnt.“ Der Sender wurde von der US-Regierung immer wieder kritisiert, weil er Bilder von Opfern und Zerstörungen durch die US-Bombardements ausstrahlte und Al Qaeda-Videos ungeschnitten dokumentiert hatte. Bereits im Oktober 2001 hatte Außenminister Colin Powell den Emir von Qatar, einen der Gründer und Financiers von Al-Jazeera, besucht und ihn aufgefordert, den Sender dazu zu ermutigen, ausgewogener und weniger anti-amerikanisch zu berichten.

In Somalia wurden im November 2001 auf Betreiben der US-Regierung die internationalen Kommunikationsleitungen des einzigen somalischen Internet-Providers und der größten Telefongesellschaft dort gekappt - mit Verweis auf mutmaßliche "terroristische Verbindungen". Die Maßnahme hat nicht nur drastische

Auswirkungen auf den Kommunikationsfluss im Land und nach außen (betroffen sind Banken, die staatliche Verwaltung und auch die dortige UN-Mission), sondern auch auf die wirtschaftliche Situation: fast 80% der Somalis sind auf finanzielle Mittel angewiesen, die via Datenleitung aus dem Ausland nach Somalia transferiert werden.

Die israelische Armee greift seit Herbst 2000 immer wieder palästinensische Radio- und Fernsehrichtungen an. Eine der jüngsten Attacken galt dem Palästinensischen Rundfunk in Ramallah. Soldaten stürmten am 19. Januar 2002 die Büros des Radiosenders "Stimme Palästinas" und des palästinensischen Fernsehens und konfiszierten die technische Ausstattung. Anschließend legten sie Feuer und sprengten das Gebäude in die Luft. Ann Cooper, Vorsitzende des US-amerikanischen Committee to Protect Journalists dazu: "Die wiederholten Angriffe auf diese Medien unterbrechen nicht nur den Nachrichten- und Informationsfluss in der palästinensischen Öffentlichkeit; sie setzen auch alle Journalisten, die über Konflikte berichten, einem großen Risiko aus, weil sie deren zivilen Status untergraben. Radio- und Fernsehstationen sind zivile Einrichtungen, die unter völkerrechtlichem Schutz stehen."

Militärische Interpretationen: das "Image" des Krieges

Mit zunehmender Offensivität inszenieren die Militärs selbst mediengerechtes Bildmaterial und lancieren Themen um die öffentliche Wahrnehmung und Meinung in einer Weise zu prägen, die den Konsens über die Legitimität des militärischen Eingreifens herstellt bzw. stabilisiert: Bilder, die Mitleid wecken sollen, Einsicht in die Unausweichlichkeit des Militäreinsatzes als „ultima ratio“, Vertrauen in die eigene militärische Potenz oder auch Rachegefühle ...

Statt verbrannter Kinder sehen wir dann Kinder, die aus US-amerikanischen Flugzeugen abgeworfene Lebensmittelpakete oder Bundeswehrwolldecken herumtragen.



Afghanistan: Kinder sammeln Care-Pakete auf.

Quelle: <http://www.psywarrior.com/enduringfree.html>

Statt toter US-Soldaten sehen wir Panzer, die im Sonnenuntergang durch die Wüste fahren, oder Kampfjets, die von Flugzeugträgern starten. Hier ein offizielles US-Navy-Pressefoto von Petty Officer Greg Messier (7.10.2001): Ein Kampfjet verlässt den Flugzeugträger USS Carl Vinson. Im Originalbildtext der Navy heißt es: „Eine Hornet startet ... zu einem Luftschlag gegen al Qaeda-Trainingscamps für Terroristen und militärische Einrichtungen des Taliban-Regimes in Afghanistan ... Die sorgfältig gesteuerten Aktionen sollen Afghanistan als Basis für terroristische Operationen unbrauchbar machen und das militärische Potential des Taliban-Regimes zerstören.“



Foto: Greg Messier/U.S. Department of Defense

Quelle: <http://www.defenselink.mil/photos/newsphoto.aspx?newsphotoid=3657>

Statt ziviler Opfer in zerstörten Dörfern oder Städten sehen wir Videos, die durch die Zielvorrichtung in High-Tech-Raketen gefilmt, den punktgenauen Einschlag der Bomben auf Militäranlagen wiedergeben und 'Vorher/Nachher'-Satellitenbilder, die Effizienz und Schlagkraft der Waffensysteme suggerieren sollen.

Oder wir sehen die Topografie des Krieges als "Landschaftsaufnahme", die weder eine Augenzeugenschaft der Zerstörungen noch einen Eindruck von den menschlichen Leiden, die die Bombardierungen verursachen, zulassen.

Statt Not und Elend im Kriegsgebiet sehen wir Militärs in schicken Uniformen, die auf Pressekonferenzen - mit oder ohne Stöckchen - auf Landkarten zeigen und von "Teilerfolgen", "wichtigen Etappensiegen" und "umfangreichen Zerstörungen gegnerischer Militäranlagen" berichten:

Und statt Antworten auf die Frage nach den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Perspektiven der Menschen in der Kriegsregion zu bekommen, sehen wir Politiker oder Militärs, die sich in inszenierten Auftritten je nach dem als „Befreier“ oder „Rächer“ feiern lassen.

Und wenn wir doch Bilder von Toten und Leidenden sehen, dann weil uns Politiker und Generäle beweisen wollen, dass die jeweiligen Gegner „Schlächter“, „Bestien“ sind, die einen „Genozid“ planen oder die Zerstörung der Zivilisation.

Der Kölner Express berichtete am 28.4.1999 von einer Pressekonferenz am Tag zuvor, auf der Scharping mutmaßliche Beweisfotos für ein Massaker an Kosovo-

Albanern in Rugovo vorgelegt hatte:"... Bilder des Grauens, Bilder aus dem Kosovo. Verteidigungsminister Scharping zeigte sie gestern, um eindringlich zu belegen: So grausam wütet Serben-Führer Milosevic. Deshalb dieser Krieg: Das Massenmorden muss ein Ende haben."

Im aktuellen "Krieg gegen Terror" hat die Bush-Administration klare Frontlinien gezogen zwischen "the good an the evil" - und mit "wer nicht für uns ist, ist gegen uns". In seiner Rechtfertigung des Waffenganges bemüht Bush die schon aus anderen Kriegen des letzten Jahrzehnts bekannten Faschismus-Analogien, z.B. in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im November, als er sagte: "Diese Terroristen suchen nach Massenvernichtungswaffen um ihren Hass in einem Holocaust umzusetzen."

Fernsehbild oder Feindbild? Kriegsberichterstattung in der Diskussion

Wie soll sich der Normalmensch unter diesen Bedingungen ein authentisches Bild vom Krieg machen? In den USA gilt es zur Zeit als unpatriotisch, in den Medien Bilder von zivilen Opfern zu zeigen: CNN-Chef Walter Isaacson verlangte von seinen Korrespondenten, sie sollten bei ihren Berichten über die Zerstörungen in Afghanistan und das Elend der Bevölkerung darauf hinweisen, dass die Taliban-Führung mörderischen Terroristen Schutz gewähre. Darum, so Isaacson, sei es "fast pervers, sich zu stark auf das Elend und die Verluste in Afghanistan zu konzentrieren". (FR, 1.11.01) In der Redaktion des „News Herald“ in Panama City/Florida kursierte am 31. Oktober 2001 ein Memo, in dem es u.a. hieß: "Zeigen sie auf der Titelseite keine Fotos ziviler Opfer des US-Krieges gegen Afghanistan. Unsere Redaktion in Fort Walton Beach hat es getan und daraufhin hunderte wütende E-Mails erhalten. Wenn die Story umgeschrieben werden muss um die zivilen Opfer herunterzuspielen, tun Sie es. Die einzige Ausnahme ist, wenn das US-Militär ein Waisenhaus trifft oder ähnliche Einrichtungen und dabei hunderte Kinder umkommen."

Auf der Tagung der Deutschen Journalistenunion am 24. November in Dortmund diskutierte man zum gleichen Thema unter dem Titel die "Berichterstattung über Katastrophen, Kriege und Terrorismus". Hier wurde argumentiert, man halte Bilder aus dem aktuellen Krieg aus 'Rücksichtnahme' zurück; Achim Tirocke, stellvertretender Chefredakteur von RTL: „Es gibt ja Bilder von Opfern. Bei der so genannten Befreiung von Kabul haben wir sie ja gesehen. Wenn nämlich die Taliban-Verdächtigen gefoltert, misshandelt werden. Wir haben sie gesehen, wir haben sie aber nicht gezeigt. Da kommt natürlich auch wieder etwas anderes ins Spiel: Die Frage, was kann man verantworten. Wir haben auch das Thema Jugendschutz zum Beispiel zu beachten. Ich kann jetzt nicht zeigen, wie ein Taliban-Kämpfer dort getreten, gesteinigt, blutig geschlagen und am Schluss erschossen wird. Kann ich nicht zeigen."

Eine Frage, die schon seit den Vietnam-Krieg diskutiert wird: Damals zeigte die Tagesschau lange Zeit ebenfalls keine Aufnahmen von Folterungen, Hinrichtungen, Massengräbern usw.: Winfried Scharlau, in den 60er Jahren Chef des NDR-Weltspiegels, schrieb dazu: "Viele dieser Bilder wurden nicht gesendet ... Sie galten als nicht zumutbar im Wohnzimmer zur Abendzeit. Redakteure standen vor der

Frage, ob solche Bilder nur noch Schock gewesen wären oder notwendige Information über den Krieg."

Kuno Haberbusch, Redaktionsleiter von "Panorama", berichtete auf der Tagung der Deutschen Journalistenunion aus seiner Redaktion: "Da gab es dann eines Tages Aufnahmen aus Kabul über tote Kinder, die schön aufgebahrt lagen, entsetzliche Bilder, die nie ausgestrahlt wurden, aber allen Agenturen zur Verfügung standen. Wir haben sie zwar dann ausgestrahlt mit der Frage: Handelt es sich hier um Propagandamaterial, wie die Amerikaner behaupten, oder um authentisches Material? Aber die grundsätzliche Frage: Müssen wir, um zu zeigen, was Krieg ist, unbedingt die Leichen präsentieren? (...)

[Anmerkung EC: Es handelte sich bei den von Haberbusch beschriebenen Aufnahmen u.a. um das oben im Text zitierte Foto "von den Opfern der US-Bombardements am 28.10.2001 auf Kabul".]

Müssen wir, um zu zeigen, was Krieg ist, unbedingt die Leichen präsentieren?
Authentizität im Krieg, das heißt für die betroffene Zivilbevölkerung, vor Bomben zu flüchten, das heißt zu sehen, wie der Heimatort in Schutt und Asche gelegt wird, wie die Eltern, Brüder, Schwestern oder die eigenen Kinder sterben. Die Zuschauer an der Heimatfront haben ein Recht auf Augenzeugenschaft auch aus dieser Perspektive. Wenngleich die Militärs es gerne sähen, wenn wir den Krieg nur so erfahren wie die Bomberpiloten, aus zehntausend Meter Höhe oder z.B. als immer wieder gern gezeigte anonymisierte Landschaftsaufnahme.

Kriegsberichterstattung ist unvollständig, solange sie nur offizielle Interpretationen der Geschehnisse kolportiert. Die 'ganze Wahrheit' zeigt sich erst, wenn die Berichterstattung auch das Sterben und Töten im Krieg in seinem ganzen Ausmaß berücksichtigt, stellte Klaus Bresser, ZDF-Chefredakteur, 1992 nach dem 2. Golf-Krieg fest.

Einen Hinweis darauf, warum sich die etablierten Medien so schwer tun mit dem 'wirklichen Gesicht des Krieges' gab implizit Manfred Protze, dpa-Journalist, auf der Dortmunder Tagung: "(...) Natürlich könnte man das auch unter dem Gesichtspunkt (...) der Wirkung solcher gewalthaltigen Bilder [diskutieren]. Ich denke, das ist eines der wichtigen Kriterien, an denen man entscheiden muss, ob es angemessen ist, Bilder von Opfern zu zeigen. Es erfordert auch dieses bestimmte Quantum an Zeit zum Nachdenken, von Verantwortung, um solche Entscheidungen treffen zu können. In einem Krieg, in dem eine kriegführende Partei behauptet, es gebe keine Opfer, weil die Waffen so wahnsinnig zielgenau konstruiert seien, können Opferfotos und Opferfilme hohen Beweiswert haben. Sie können diese Behauptung widerlegen."

Wieviel Einfluss hat die traditionelle Nähe zu den „offiziellen Stellen“ auf die „Schere im Kopf“? Dan Rather, Anchorman der CBS Evening News und Ex-Marineinfanterist, der während des Golf-Krieges 1991 den "jungen Männern und Frauen" an der Front via Bildschirm salutiert hatte, räumte im Nachhinein eine "arschkriecherische Berichterstattung" seines Senders ein. Er ist der Journalist, der nach den Terroranschlägen in New York und Washington so viel Aufsehen erregte, weil er am 18. September in der "Late Show With David Letterman" seine Ergebnisse medienöffentlich machte, als er sagte, "George Bush ist der Präsident, er trifft die Entscheidungen, und wo auch immer er mich hinschickt, ich werde gehen". (New York Times, 20.9.01.)

Fritz Pleitgen, Chefredakteur des WDR, bescheinigte 1991 auch seinen deutschen Kollegen „eine Parteilichkeit ..., das möchte ich nicht ohne weiteres bestreiten. Wie im Vietnam-Krieg waren wir eben auf der Seite der Amerikaner, von da bekamen wir auch mehr Informationen, mehr Bildmaterial und wir befanden uns sicherlich auch psychologisch auf seiten der Amerikaner. So etwas beeinflusst natürlich auch die Nachrichtenberichterstattung. Es sollte nicht so sein. Aber es ist der Fall."

Auch die Konkurrenz zwischen den einzelnen Sendern bestimmt die Themenauswahl und Präsentation der Kriegsberichterstattung; noch einmal Klaus Bresser nach dem Golf-Krieg: "Wir müssen nicht nur zugeben, dass wir als Propagandainstrument der Militärs mißbraucht wurden, sondern auch, daß wir uns haben mißbrauchen lassen. Wir wussten, daß wir nur einen weitgehend zensierten Ausschnitt aus der Realität des Krieges zeigen konnten und taten es trotzdem. (...) Das Informationsbedürfnis der Zuschauer war ja so groß, die Einschaltquoten schnellten empor. (...) Wer wird von seinen Zuschauern als erster verlangen, auf die spannenden (...) Bilder von Luftangriffen, Panzergefechten und Raketenstarts zu verzichten? Er riskiert damit, sie an die Konkurrenz zu verlieren."

Trotz der Zensurmaßnahmen, Propaganda und Verschleierungsstrategien der Militärs und ihres offenkundigen Einflusses auf die zivile Kriegsberichterstattung es ist schon erstaunlich, dass viele Journalisten immer noch überrascht sind, wenn das insbesondere in Friedenszeiten vielfach eher partnerschaftliche Verhältnis im Krieg schnell zur Konfrontation wird: Auch Karl Feldmeyer von der FAZ musste das während des Kosovo-Krieges 1999 erfahren: Er klagte in einer Diskussion im Frankfurter Presse-Club Ende Mai 1999, dass die JournalistInnen zu Beginn des Kosovo-Krieges den Sprachgebrauch offizieller Verlautbarungen der „gottesdienstmäßigen" Pressekonferenzen unkritisch übernommen hätten. Er selbst habe „große Probleme" damit gehabt, „meine gute alte NATO des Angriffskrieges zu zeihen. Natürlich ist das ein Angriff, aber das ging mir schon unter die Haut" (Frankfurter Rundschau, 2.6.1999).

Am 6. April 1999 rügte Feldmeyer auf einer Pressekonferenz, die Scharping gemeinsam mit dem stellvertretenden Generalinspekteur Franck abhielt, die mangelhafte Beweislage für eine der bestürzendsten Behauptungen in der Rechtfertigung des NATO-Krieges gegen Ex-Jugoslawien: „Wenn ich daran denke, dass die Amerikaner '43 sehr wohl in der Lage waren von Auschwitz Luftaufnahmen zu machen und die Reihe der nackten Menschen, die zum Vergasen anstanden, aufzunehmen, dann kommt mir das sehr komisch vor, dass es in einem Gebiet, das nicht größer ist als Hessen unmöglich ist, die Täler auszumachen in denen sich Konzentrationslager befinden." Und er bekam die folgende denkwürdige Antwort des Generalinspektors: „Wir haben in der letzten Zeit im Kosovo sehr schlechtes Wetter gehabt. Das wurde auch deutlich durch die abgebrochenen Luftangriffe. Und Satellitenaufnahmen, die Sie brauchen um dieses genau zu verifizieren, setzen gutes Wetter voraus. Mit Infrarotsatelliten alleine können Sie diese Aufnahmen, die Sie gefordert haben, nicht machen."

„Zu lernen, mit Journalisten umzugehen,
ist genauso wichtig, wie zu lernen, wie man den Feind tötet",
zitiert Charles Dunlap, Public Affairs Spezialist
bei der US-Air Force, einen militärischen Ausbilder in den USA.

Wir konnten in den letzten Monaten beobachten, wie sich die Mehrheit der US-amerikanischen Massenmedien freiwillig zu Wegbereitern und Kombattanten des US-amerikanischen "Anti-Terror-Krieges" gemacht hat. Gleichzeitig werden kritische JournalistInnen als Landesverräter beschimpft, öffentlich abgemahnt oder entlassen. Anstatt die RezipientInnen im Sinne ethischer Grundregeln und professioneller Normen umfassend und mit der gebotenen Distanz zu unterrichten, dominieren Emotionalität, Einseitigkeit, Unterwerfungsgesten und Manipulationen am Nachrichtenmaterial die Arbeit in den Redaktionen. Welche Auswirkungen dies mittel- und langfristig auf das Selbstverständnis der JournalistInnen hat, auf die gesellschaftliche Bewertung, was das Ansehen, die Glaubwürdigkeit und die Orientierungsfunktion der Massenmedien im Land des First Amendment betrifft, und - allgemeiner - auf die demokratische Informations- und Diskussionskultur in den USA, ist kaum abzusehen.

Es gibt zudem bereits unzählige Versuche von Regierungen in vielen Ländern, die Medien auf die Verteidigung staatlicher Definitionen von „Patriotismus“ oder „nationalen Interessen“ zu verpflichten und sie zu manipulieren, indem sie Druck auf Journalisten ausüben und so die Qualität der Kriegsberichterstattung gefährden. „Anti-Terror-Gesetze“, die in den letzten Monaten in vielen Ländern durchgepeitscht wurden, bedrohen u.a. auch die freie Berufsausübung im journalistischen Bereich.

Wenn die Konstruktion von Medienrealität im Krieg und die Kontrolle über diese Medienrealität zum kriegsentscheidenden Faktor erklärt werden, muss die Einübung und Wahrung journalistischer Distanz, Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit ebenso systematisch und mit der gleichen Offensivität betrieben werden, mit der Militärs und Politiker versuchen, die Medien zu instrumentalisieren. Denn die Glaubwürdigkeit und Orientierungsfunktion der Massenmedien sind keine unangreifbaren Gegebenheiten, sondern müssen gegen Zensur, Selbstzensur und Kriegspropaganda verteidigt und immer wieder neu erkämpft werden. Natürlich erfordert es viel Mut - Zivilcourage - sich in Kriegszeiten nicht verbiegen zu lassen. Aber JournalistInnen haben nun mal die Aufgabe, nach der Wahrheit zu suchen und Täuschungen und Lügen aufzudecken. Deshalb meine Aufforderung an die JournalistInnen und MediennutzerInnen: Stellen Sie lästige Fragen!

Infos & Kontakt

Elvira Claßen, Medienwissenschaftlerin (Dipl. Soz.-Wiss.) und freie Journalistin (dju), schreibt z.Zt. an ihrer Dissertation über "Krisen- und Kriegs-Kommunikation in der Informationsgesellschaft. Bestandsaufnahme und interkultureller Vergleich von Strategien, Implikationen und Intentionen in den USA und der Bundesrepublik Deutschland." (Arbeitstitel). Sie ist Mitglied der Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik (FoG:IS). Von Okt. 1989 bis Dez. 1999 arbeitet sie als leitende Redakteurin der ZivilCourage, dem Mitgliedermagazin der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) e.V. und von Jan. 1995 bis Sept. 1999 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich „Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Universität-GH Siegen mit Lehraufträgen in den Studiengängen Medienplanung, -entwicklung und -beratung (Siegen) und Journalistik (Dortmund). In Siegen betreute sie auch von Mitte 1998 bis Ende 1999 als (ehrenamtliche) Geschäftsführerin die Initiative Nachrichtenaufklärung.

Medientagung Münster

- [Zurück zur Stiftungsseite](#)
- [Einladung, Tagesordnung](#)
- [Arbeitsgruppe 1: "Alternative Medien als Gegenpol zur veröffentlichten Meinung? Chancen und Grenzen"](#)
- [Thesen zum AK "Alternative Medien"](#)
- [Elvi Claßen: Vom Fernsehbild zum Feindbild?](#)
- [Bilder von der Medientagung](#)



Am 2. Februar 2002 fand im Bennohaus in Münster der Medienkongress "vom Fernsehbild zum Feindbild" statt. Über 120 Interessierte lauschten Vorträgen, beteiligten sich an AGs und Podiumsgesprächen und verabschiedeten eine Abschlusserklärung. Hier nun einige Bilder vom Kongressgeschehen.



Publizist Roger Willemsen bei seinem Vortrag: "Keine Diktatur hätte diesen Krieg besser durchsetzen können..."



Kathrin Vogler begrüßt die Teilnehmenden für die Bertha von Suttner Stiftung



Mathias Werth, Redaktion Monitor, WDR



Sozialwissenschaftlerin Elvi Claßen erläutert wie Fernsehbilder zu Feindbildern werden und ermutigt die Zuhörenden: "Nehmen Sie wahr, Sie werden wahrgenommen!"



Podiumsgespräch mit Volker Steinhoff (l.) und Mathias Werth (r.), moderiert von StudentInnenpfarrer Otto Meyer (m.)



Volker Steinhoff, Redaktion Panorama, NDR



AG 5 "Chancen und Möglichkeiten des Internet"

Gegenstand der Beratungen in der Internet-AG:

[peacelink](#)

- das Friedensportal



AG 5 tagt im Internet Café



AG 1 Alternativmedien. Im roten Hemd Peter Wolter, rechts daneben Dr. Bernd Dricke



Alternativmedien konkret: Infostand der "Graswurzelrevolution"



AG4: Die Rolle der Geheimdienste. Hinten Mitte: Referent Rainer Rupp



Referentin [Elvi Claßen](#) vor einem DFG-VK Plakat.



Der Saal des Bennohauses war bei den Plenumsitzungen voll von aufmerksamen, interessierten und kritisch mitdenkenden Menschen.